



Erklärung der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland zur Dublin-III-Verordnung im Kontext der europäischen Flüchtlingspolitik

Die Landessynode sieht das wachsende Engagement vieler Kirchengemeinden und kirchlicher und diakonischer Einrichtungen im Bereich der Flüchtlingsarbeit und würdigt und unterstützt dieses ausdrücklich. Dieses Engagement fordert zu kritischen Anfragen an die europäische Asylpolitik heraus.

Grundannahme der Dublin-III-Verordnung ist, dass in ganz Europa einheitliche Standards von Flüchtlingsaufnahme, -versorgung und -anerkennung herrschen. Tatsächlich muss man feststellen, dass das nicht zutreffend ist. Es geht aus zahlreichen unabhängigen Berichten hervor, dass Geflüchtete nicht überall in Europa menschenwürdig behandelt werden. Die Dublin-III-Verordnung führt auch zu Abschiebungen in unzumutbare Zustände, hat Familientrennungen, Obdachlosigkeit, ungerechtfertigte Inhaftierungen und Kettenabschiebungen zur Folge. Die besondere Schutzwürdigkeit von Kindern und traumatisierten und kranken Menschen jeden Alters wird nicht ausreichend berücksichtigt. Menschen werden wie Stückgut in Europa hin und her geschoben. Dies wird der europäischen Idee nicht gerecht und entspricht auch nicht dem Grundgedanken eines gemeinsamen europäischen Schutzraumes.

Die Landessynode fordert deshalb einen Paradigmenwechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik. Elementare menschliche Bedürfnisse der Flüchtlinge wie familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse müssen besser berücksichtigt werden. Unzumutbare Härten aufgrund der Dublin-III-Verordnung sind künftig auszuschließen.

Die Landessynode bittet den Rat der EKD, entsprechend auf die Politik einzuwirken.

Travemünde, 27.2.2015